

Frauen im Postsozialismus

Die Herdprämie der Befreiung

Die zwei vergangenen Jahrzehnte haben das Leben der Frauen in ganz Europa verändert. Im Westen des Kontinents sind Frauen in der Öffentlichkeit präsenter denn je: Immer mehr Frauen treten ins Erwerbsleben ein und immer mehr Frauen gehen in die Politik. In Mittel- und Osteuropa aber findet das genaue Gegenteil statt.

Von Eva Fodor

Seit den 90er Jahren geht in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas sowohl in Unternehmen als auch in Parlamenten der Frauenanteil dramatisch zurück, und die soziale Rolle der Frau wird immer deutlicher durch ihre häuslichen Aufgaben definiert. Anders als noch unter dem kommunistischen Regime betont der herrschende politische Diskurs jetzt, wie wichtig der Beitrag von Frauen für das Wohl der Familie und der Kinder ist; von Wirtschaft oder Politik ist daneben kaum die Rede. Was also bedeutet die Hinterlassenschaft des Staatssozialismus für die Geschlechterbeziehungen im 21. Jahrhundert? Und wie entwickeln sie sich im Zuge der weitergehenden Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Länder, der neuen Peripherie einer gesamteuropäischen Wirtschaft und Politik?

Die Politik der Kommunisten verfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus das Projekt einer Emanzipation der Frau; die Ergebnisse allerdings muss man differenziert bewerten. Schon in den frühen 50er Jahren beschloss die Gesetzgebung zum Teil revolutionäre Massnahmen. So bestimmten die Verfassungen der kommunistischen Länder die Gleichheit von Männern und Frauen in allen Bereichen, eingeschlossen das Recht auf Arbeit und alle Sozialleistungen. Auch wurde in den meisten dieser Länder die Gleichstellung in der Ehe festgeschrieben – eine Neuheit zu einer Zeit, als in Westeuropa die Ehefrau noch ihren Mann um Erlaubnis bitten musste, wenn sie eine bezahlte Arbeit aufnehmen wollte, und in manchen Ländern nur ein eingeschränktes Verfügungsrecht über ihr Vermögen besass. Während etwa in Österreich noch die Lohnhöhe für Frauen diskutiert wurde, gab es in ost- und mitteleuropäischen Fabriken bereits Kindergärten und Still-Pausen für junge Mütter. Frauen wurden aufgefordert, Bildungs- und Weiterbildungsangebote wahrzunehmen, und für Universitäten und Technische Hochschulen wurde eine Frauenquote festgelegt. Ende der 70er Jahre hatten Frauen insgesamt den gleichen Ausbildungsgrad wie Männer erreicht, und die

meisten Frauen waren ihr Leben lang vollzeitbeschäftigt. Der Anteil der Frauen im Dienstleistungssektor war in den 80er Jahren höher als in Westeuropa, und auch der Aufstieg in das untere und mittlere Management war für sie leichter als im Westen.

Man muss aber auch sehen, dass beträchtliche Frauengruppen von diesen Emanzipationserfolgen ausgeschlossen waren. Ethnische Minderheiten, etwa Roma und Sinti, hatten kaum Zugang zum Arbeitsmarkt oder gar zu den Universitäten. Ausserdem liessen in den ländlichen Gegenden Verfügbarkeit und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen oft sehr zu wünschen übrig, und Frauen hatten hier insgesamt mit erheblich grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen.

Hinzu kommt, dass von den kommunistischen Parteien nur sehr schwache Anstrengungen unternommen wurden, die häusliche Verantwortung gerechter zu verteilen. Der Elternurlaub war vor allem auf Frauen zugeschnitten, und in den meisten Ländern war er Männern bis in die späten 80er Jahre hinein nicht einmal erlaubt. Eine Frau war im Staatssozialismus Arbeiterin und Mutter, ein Vater nur Arbeiter. Die Erleichterungen für Mütter behoben zwar einige Nachteile am Arbeitsplatz, aber trotzdem lag die Doppellast aus bezahlter und unbezahlter Arbeit allein auf den Schultern der Frauen. Die relativ hohe Doppelbelastung war der Grund, warum das leichtere Leben der Frau in der westlichen Mittelklasse vor dem Fall des Eisernen Vorhangs so attraktiv erschien.

All dies war nach 1989, nach der Einführung der Marktwirtschaft, radikal anders, für Frauen wie für Männer. Über Nacht verschwanden die lebenslang gesicherten Arbeitsplätze, und viele Millionen wurden arbeitslos. Ende der 80er Jahre hatten noch 70 bis 75 Prozent der erwerbsfähigen Frauen eine bezahlte Beschäftigung, zehn Jahre später war dieser Anteil in Ungarn auf 50 Prozent gesunken; Slowenien war mit 60 Prozent bereits überdurchschnittlich. Zwar erlebte die mittel- und osteuropäische Region nach dem Chaos und den Krisen der frühen 90er Jahre eine gewisse wirtschaftliche Erholung, aber die Jobs in diesen neuen kapitalistischen Ländern waren oft schlecht bezahlt, den Schwankungen der Globalisierung ausgesetzt, verlangten mehr Arbeitsstunden und brachten ganz andere Vergünstigungen mit sich: keine KITAS mehr in der Fabrik, aber Handys für das Management; keine subventionierten Erholungsorte mehr für alle, aber für einige den Firmenwagen. Gleichzeitig ging die Qualität der Sozialleistungen zurück, Krankenhäuser für ältere Menschen wurden geschlossen, Nachmittagsprogramme an Schulen kosteten plötzlich Gebühren, das Elterngeld für den Elternurlaub wurde zusammengestrichen.

Ökonomen wissen schon länger, dass die Ungleichbehandlung der Geschlechter zunimmt, wenn die Wirtschaft eines Landes – nach der Blaupause der neoliberalen

Experten – in einen globalisierten Markt integriert wird. In einer erst kürzlich fertiggestellten Studie zur Gleichbehandlung fanden mein Kollege Daniel Horn und ich Belege für eine beträchtliche Steigerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas. Für das Jahr 2008 ergab sich bei alleinstehenden Frauen ein Armutsanteil von 12 Prozent in Ungarn und bis zu 40 Prozent in Lettland. Der Anteil für Männer lag in fast allen Fällen deutlich darunter. Höher noch lag die Armutsquote in allen Ländern bei alleinerziehenden Müttern: Jede fünfte alleinerziehende Frau in der Slowakei war arm, in Litauen sogar die Hälfte aller Frauen. Ausserdem fanden wir heraus, dass die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei Armen am höchsten dort waren, wo das Wirtschaftswachstum durch ausländische Direktinvestitionen besonders hoch und der Rückbau des Sozialstaats besonders weit fortgeschritten war (die zwei wesentlichen Elemente der neoliberalen Wirtschaftspolitik). In Mittel- und Osteuropa werden Frauen, wie im Westen auch, durch Schwankungen des Arbeitsmarktes in besonderem Mass benachteiligt, auch weil die Kürzungen bei den Sozialleistungen ihre Chancen erheblich stärker mindern als die von Männern. Wie in Lateinamerika sehen wir, dass es die neoliberale Wirtschaftspolitik nicht gut meint mit der Gleichbehandlung der Geschlechter.

Die Beschäftigungsquote der Frauen ist jedoch nicht einheitlich in den Übergangsländern. Relativ wenige Frauen (etwa die Hälfte) haben in Ungarn, Rumänien und Polen eine bezahlte Stelle; in den baltischen Staaten und in Slowenien liegt die Rate leicht höher (bei über 60 Prozent). Allerdings ist der Abstand zu den Männern nur wenig grösser als in Westeuropa, denn auch die Beschäftigungsquote der Männer in den postkommunistischen Ländern ist sehr niedrig.

Das heisst nun aber nicht, dass die Frauen in Mittel- und Osteuropa insgesamt weniger leisten als im Westen. Die Arbeit ist hier und dort nämlich sehr ungleich verteilt. Während im Westen etwa ein Drittel der arbeitenden Frauen einer Teilzeitarbeit nachgeht, beträgt dieser Anteil in jedem postkommunistischen Land maximal 16 Prozent. Hier arbeiten die Frauen einfach länger. Im Westen können Frauen leichter Familie und Beruf vereinbaren, aber in Mittel- und Osteuropa muss die Frau sich entscheiden: Entweder sie arbeitet, und das heisst dann in einem Vollzeitjob, oder sie arbeitet überhaupt nicht. Neuerdings ist allerdings eine dritte Option verbreitet: die Schwarzarbeit in besonders geringwertigen Beschäftigungen.

Die Beschäftigungsrate von Müttern ist in vielen ehemals kommunistischen Ländern ungewöhnlich niedrig, und seit langem bleibt sie auf diesem niedrigen Niveau auch stehen. Allerdings gibt es hier einige bemerkenswerte Ausnahmen: die baltischen Länder zum Beispiel, auch Slowenien. Aber insbesondere Ungarn, die Slowakei und Tschechien rangieren ganz am unteren Ende der Skala. In

Deutschland waren im Jahr 2008 mehr als 50 Prozent aller Mütter minderjähriger Kinder in einem Beschäftigungsverhältnis, während es in Tschechien nur 18 und in Ungarn sogar nur 15 Prozent sind (neuere Zahlen sind nicht verfügbar). Auch der Spitzenplatz hier soll kurz erwähnt werden: In Slowenien beträgt dieser Anteil 74 Prozent. Die sehr hohen Abweichungen sind begründet durch unterschiedliche Regelungen des Elternurlaubs und staatlicher Betreuungseinrichtungen, was die politischen Präferenzen der Familienpolitik widerspiegelt, aber auch sehr divergierende Rollenbilder.

Das kommunistische Regime garantierte Frauen und Müttern den dauernden Zugang zum Arbeitsmarkt, und gleichzeitig erlaubten ihnen grosszügige Sozialleistungen (Elterngeld während der ersten drei Lebensjahre eines Kindes), längere Zeit zuhause zu bleiben. Diese Vergünstigungen waren beliebt, und manche von ihnen wurden sogar nach 1989 weitergeführt. Aber für die Wirtschaft wurde diese Grosszügigkeit dann doch bald ein unangenehmer Kostenfaktor. Meine Kollegin Christy Glass und ich fanden in einer Studie zum Finanzsektor in Ungarn heraus, dass die Unternehmer eine ganze Reihe von Strategien einsetzen, um Mütter, die sie grundsätzlich für zu teuer und unzuverlässig halten, nicht einstellen oder befördern zu müssen. Sowohl weibliche als auch männliche Arbeitgeber waren überzeugt, dass Mütter im Vergleich zu Männern oder auch kinderlosen Frauen schlechtere Arbeitsleistungen erbringen. Einer dieser Arbeitgeber sagte uns: "Ich bin sicher, dass eine Mutter mit zwei Kindern nicht 20 Stunden am Tag arbeiten kann; das aber tut unser neuer Finanz-Chef, das ist einfach notwendig für die Firma, für den Job. Wenn eine Frau in leitender Stellung im Unternehmen ein Kind bekommt, dann glaube ich einfach nicht, dass sie nach drei oder fünf Jahren wieder in ihre alte Stellung zurückkehrt."

Die Unternehmen sind zwar gesetzlich verpflichtet, Frauen nach dem Elternurlaub wieder einzustellen, aber sie finden immer Mittel und Wege, die Frauen von dieser Rückkehr abzuhalten. Eine Möglichkeit ist, die Abteilung zu "restrukturieren", und in diesem Fall erlaubt das Gesetz sogar, die Frau nicht wieder zu beschäftigen. Eine andere Möglichkeit ist ein Arbeitsplatz unter ihren beruflichen Qualifikationen oder in einer weit entfernten Zweigstelle: Das sind kaum attraktive Angebote für die rückkehrwillige Mutter.

Die Diskriminierung, so ergab unsere Studie, richtet sich nicht gegen Frauen als solche, sondern gegen Mütter und gegen Frauen, denen man einen Kinderwunsch zuschreibt, obwohl sie darlegen, sie würden Kinder erst sehr viel später haben wollen. Fragen nach dem Familienstand oder einem Kinderwunsch sind zwar verboten, aber die Personalchefs fragen das trotzdem ab. Wenn die Frauen einen Kinderwunsch zugeben, filtert man sie geschickt aus den Bewerbungen heraus; und

wenn sie die Antwort verweigern, gelten sie als verdächtig. Wenn eine junge Frau angibt, sie wolle keine Kinder, dann (sagt ein von uns interviewter Personalchef) "weiss ich, sie lügt, und eine Lügnerin ist für uns am Arbeitsplatz nicht geeignet".

Frauen, ob vollzeitbeschäftigt oder nicht, hatten schon immer die Hauptlast der unbezahlten Arbeit zu tragen. Das änderte sich auch nach 1989 keineswegs. Nachwievor haben aus diesem Grund Männer erheblich mehr Freizeit als Frauen. Mehrere Studien zeigen auch, dass Frauen in den postkommunistischen Ländern mehr häusliche Arbeitsstunden leisten als Frauen im Westen. In Polen zum Beispiel, aber auch in Ungarn oder Slowenien verbringen Frauen täglich ungefähr fünf Stunden mit Sorge- und Hausarbeit; in Skandinavien, Grossbritannien und Deutschland werden dafür nur etwa vier Stunden aufgewendet. Männer arbeiten in allen Ländern im Haushalt gleich wenig: nur zweieinhalb Stunden täglich. Das bedeutet: Geschlechtsspezifische Ungleichheiten sind in Mittel- und Osteuropa stärker ausgeprägt als in Westeuropa. Dieser Unterschied lässt sich vermutlich auch auf die mangelnde Ausrüstung mit Haushaltsgeräten und deren schlechtere Qualität in den weniger entwickelten Regionen zurückführen oder aber auf die dort noch weiter verbreitete Überzeugung, dass Hausarbeit eben Frauensache sei.

Wir können überhaupt feststellen, dass Frauen wie Männer in den postkommunistischen Ländern insgesamt konservativere Rollenbilder pflegen. Meinungsumfragen belegen in Ost- gegenüber Westeuropa eine höhere Zustimmung zu der Aussage: "Wenn es nur wenige Arbeitsplätze gibt, dann sollten die Männer sie kriegen." Auch wird im Osten die Bedeutung von Familie und Kindern höher eingeschätzt als die weibliche Erwerbsarbeit. Zum Beispiel halten im Vergleich zu Deutschland in Ungarn oder Polen doppelt so viele Frauen die Aussage für richtig: "Die Verantwortung des Mannes ist es, Geld zu verdienen; die Aufgabe der Frau ist die Führung des Haushalts."

Unsere Studien haben als Fazit folgende Ergebnisse gebracht: In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind viele Errungenschaften der Frauenemanzipation in den mittel- und osteuropäischen Ländern verschwunden. Es stellen sich jetzt für die Zukunft der unbezahlten wie der bezahlten Arbeit für Frauen ganz neue Fragen. Werden die postkommunistischen Gesellschaften eine Politik verfolgen, die die Arbeit gerechter verteilt und die den Verantwortlichen in der Sorgearbeit wenigstens eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit erlaubt? Wird die Arbeitslosigkeit im Osten dadurch geringer, dass Frauen noch häufiger in den Westen gehen und dort eine Arbeit aufnehmen? Und die vielleicht wichtigste Frage zur Gleichstellung von Männern und Frauen: Wann werden sich die ungeschriebenen Normen in der Sorgearbeit zu höherer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern entwickeln? Aus der Geschichte der postkommunistischen Länder, aber auch vieler

westeuropäischer Länder müssen wir eine bittere Lehre ziehen: Dass Frauen arbeiten und den Haushalt mitfinanzieren, bringt Männer noch lange nicht dazu, das Geschirr abzuwaschen oder auf die Kinder aufzupassen. Wie dieser Wandel zu schaffen wäre, ist eine offene Frage.

Die Gazette, Nr. 34 / Sommer 2012